

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD BREMEN

Andreas Bovenschulte nach seiner Wiederwahl zum Landesvorsitzenden auf dem Landesparteitag am 12. Mai 2012 in der Strandlust in Vegesack: 95 Prozent für Bovi!

DAS „MITEINANDER“ ENTSCHEIDET!

Von Andreas Bovenschulte

Das Jahresende ist immer der Zeitpunkt persönliche und politische Bilanz zu ziehen. Für mich gilt dies diesmal im doppelten Sinne, da ich zum 31. Dezember nach dreieinhalb spannenden und schönen Jahren mein Amt als Landesvorsitzender der Bremer SPD zur Verfügung stellen werde.

Ausgangspunkt meiner Betrachtung ist der 27. September 2009. An diesem Tag fährt die SPD bei der Bundestagswahl mit einem Stimmenanteil von 23% das schlechteste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte ein. Die Partei liegt am Boden – ratlos, ausgelaugt und innerlich zerrissen. Mühsam beginnt nach den Jahren der Agenda 2010 unter dem Vorsitz von Sigmar Gabriel der inhaltliche und organisatorische Wiederaufbau. Vier Jahre später ist die Lage immer noch nicht rosig, aber die Fortschritte sind unverkennbar. Zwar können wir bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 unseren Stimmenanteil nur geringfügig auf knapp 26% steigern, doch steht unsere Partei nach einem langwierigen programmatischen Erneuerungsprozess inhaltlich endlich wieder geschlossen da. Und auch organisationspolitisch geht es voran: Statt

weiter eine Basta-Politik gegen große Teile der eigenen Basis zu betreiben, bemüht sich die Parteiführung intensiv darum, die Mitglieder in die Willensbildung einzubeziehen. Dahinter steht die zutreffende Einschätzung, dass es nur einer erneuerten SPD gelingen kann, das verloren gegangene Vertrauen der Menschen schrittweise zurückzugewinnen.

Auch in Bremen und Bremerhaven ist am 27. September 2009 der Schock groß: Ein Zweitstimmenanteil von nur noch 30% (2005 waren es noch fast 43%) lässt bei etlichen Genossinnen und Genossen die Sorge aufkeimen, die SPD könne bei der zwei Jahre später anstehenden Bürgerschaftswahl ihre Rolle als führende politische Kraft im Land Bremen einbüßen. Es zeigt sich allerdings bald, dass diese Sorge unberechtigt ist, denn unsere Partei fasst schnell wieder Tritt. Im Unterschied zu anderen Parteigliederungen hat die Bremer SPD immer Distanz zur Politik der Agenda 2010 gewahrt und mit norddeutscher Sturheit und hanseatischer Gelassenheit an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit festgehalten. Dies erleichtert nach der verlorenen Bundestagswahl die Neuaufstel-

lung. Außerdem verfügt unsere Landesorganisation traditionell über eine offene Diskussions- und Beteiligungskultur, die die politische Mobilisierung und Aktivierung der Mitglieder erleichtert. Dies zeigt sich unter anderem in der gelungenen Mitgliederbefragung über den Landesvorsitz im Mai 2010, die nicht nur nicht zu einer Spaltung der Partei sondern im Gegenteil zu einer großen organisatorischen Geschlossenheit der SPD im Land Bremen führt. Inhaltlich untermauert wird diese Geschlossenheit durch die intensive und breit angelegte Diskussion über das Regierungsprogramm 2011/2015, an deren Ende ein einstimmiger Beschluss des Landesparteitags steht.

Neben der erfolgreichen praktischen Politik der rot-grünen Koalition unter Führung von Jens Böhrnsen und dem großen persönlichen Engagement der Genossinnen und Genossen vor Ort ist dieses „Miteinander“ einer der Grundpfeiler unseres Erfolgs bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2011. Mit einem Stimmenanteil von 38,5% wird die SPD wieder die mit Abstand stärkste politische Kraft im Land.

Fortsetzung auf Seite 2

SO GEHT ES WEITER:

Zum 1. Januar 2014 übernehmen zunächst die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden, Sarah Ryglewski und Elias Tsartilidis, gemeinsam kommissarisch die Aufgaben des Landesvorsitzenden. Gleichzeitig hat der Landesvorstand die Ortsvereine, Unterbezirke und Landesarbeitsgemeinschaften aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2013 Personalvorschläge für die Neubesetzung des Landesvorsitzes abzugeben. Anfang 2014 will der Landesvorstand dann in Kenntnis der Bewerberinnen- und Bewerberlage über das weitere Vorgehen entscheiden. Dies kann ein außerordentlicher Landesparteitag oder auch eine breitere Mitgliederbeteiligung sein. Hierzu gibt es noch keine Festlegung.

Fortsetzung von Seite 1

Soziale Gerechtigkeit, Bildung für Alle und gute Arbeit, starke Wirtschaft und ökologische Verantwortung, kulturelle Vielfalt und demokratische Beteiligung – das waren und sind die politischen Leitideen der SPD in Bremen und Bremerhaven. Nicht immer ist es leicht, unter den schwierigen Bedingungen eines hoch verschuldeten Stadtstaats mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Manchmal sind die Schritte kleiner ausgefallen als erhofft. Aber wir sind immer in die richtige Richtung marschiert und darauf bin ich stolz.

Besonders freut mich, dass die SPD als Partei – getragen von dem ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder und dem Einsatz der wenigen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – politisch auf Augenhöhe mit der Bürgerschaftsfraktion und den sozialdemokratischen Mitgliedern des Senats agiert hat. Es ist uns gelungen eigene Akzente zu setzen, nicht nur in der Landespolitik (Beispiele: Landesmindestlohngesetz, Re-kommunalisierung der Versorgungsnet-

ze, Privatisierungsbremse, Wohnungspolitik) sondern auch in der Bundespolitik (Beispiele: Anträge zur Steuer- und Rentenpolitik). Als kleine Landesorganisation können wir nicht für uns in Anspruch nehmen die Politik der SPD im Bund zu bestimmen. Aber an einigen Punkten haben wir es doch geschafft uns in Berlin Gehör zu verschaffen (Beispiele: Verankerung des Altschuldenfonds im Bundestagswahlprogramm, Initiierung des verbindlichen Mitgliedervotums über den Koalitionsvertrag).

Ich habe in meinen dreieinhalb Jahren als Landesvorsitzender viel Spaß gehabt, viel gelernt und bin froh, dass ich einen Beitrag zur erfolgreichen Politik der SPD in Bremen und Bremerhaven leisten durfte. Ein solches Ehrenamt ist aber immer auf Zeit angelegt und kann nicht dauerhaft neben einer zeitaufwändigen Berufstätigkeit ausgeübt werden. Ich habe mich dafür entschieden, mich jetzt stärker auf Familie und Beruf zu konzentrieren und mein Amt zum Ende des Jahres zur Verfügung zu stellen. Hierfür bitte ich um Euer Verständnis.

Ich bleibe aber natürlich aktives Mitglied unserer Partei und werde mit Euch gemeinsam weiter für die Ziele der sozialen Demokratie streiten!

Ich möchte allen Genossinnen und Genossen für die sehr gute Zusammenarbeit danken, insbesondere unserem Bürgermeister Jens Böhrnsen und unserem Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe, den Kolleginnen und Kollegen im Landesvorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesbüro, ohne deren riesige Unterstützung das alles nix geworden wäre.

Was bleibt? Die SPD in Bremen und Bremerhaven ist inhaltlich, organisatorisch und personell gut aufgestellt. Das zeigt sich nicht zuletzt in der unaufgeregten Art und Weise in der die Nachfolgefrage diskutiert und angegangen wird. Unsere Partei kann voller Zuversicht ins nächste Jahr und auf die Wahlen im Jahr 2015 schauen.

Beste Grüße
Euer Bovi

ALLE JAHRE WIEDER?

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt *Von Sarah Ryglewski und Dieter Reinken*



Sarah Ryglewski, MdB und stellvertretende Landesvorsitzende



Dieter Reinken, MdB, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerchaftsfraktion

FOTOS: SPD BREMEN

Die Ausbildungsbilanz für das Jahr 2013 sorgt für eine sehr unterschiedliche Interpretation der Zahlen. Arbeitsagentur, Handels- und Handwerkskammer weisen auf eine Erhöhung der Ausbildungsaktivitäten und auf noch nicht besetzte Ausbildungsplätze hin, während DGB und Arbeitnehmerkammer die immer noch zu hohe Zahl der „unversorgten“ oder in Warteschleifen untergebrachten Jugendlichen kritisieren.

Richtig ist, in den letzten Jahren hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt für einige Jugendliche verbessert. Die Zahl der ausbildenden Betriebe ist leicht gestiegen, die Zahl der Bewerber zurückgegangen. Dazu hat auch die vom Senat initiierte Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Kammern und öffentlichen Stellen beigetragen. Gleichzeitig begreifen nun viele Betriebe, dass sie etwas für den eigenen Nachwuchs tun müssen.

Trotzdem sind wir weiterhin weit von einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt entfernt. Zum einen ist die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze immer noch zu niedrig, zum anderen sind junge Menschen ohne bzw. mit einem niedrigen Schulabschluss fast chancenlos. Der Handlungsbedarf bleibt also hoch, denn ein guter Schulabschluss und eine qualifizierte Ausbildung sind die beste Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Immer wieder hört man von Arbeitgebern und Arbeitsagenturen die Klage über „nicht ausbildungsreife Jugendliche“. Ihnen fehlen demnach Kenntnisse in den Grundfächern und soziale Kompetenzen. Dieser Diskussion muss man sich stellen! Natürlich kann erwartet werden, dass die Schulen Jugendliche qualifiziert ins Leben entlassen, aber auch die Betriebe müssen bereit sein, die jungen Menschen mitzunehmen. Berufsbilder werden anspruchsvoller und inhaltsreicher. Das stellt hohe Anforderungen, nicht nur an die Jugendlichen, sondern auch an die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben. Diese brauchen unterstützende Angebote und Qualifizierungen. Dies gilt insbesondere für Kleinbetriebe.

Der Anteil der ausbildenden Betriebe ist immer noch viel zu gering, aktuell bilden überhaupt nur ca. 21 Prozent der Betriebe aus. Die Wirtschaft ist hier in der Pflicht. Wer über Fachkräftemangel klagt, muss dafür sorgen, dass in Zukunft wieder mehr Betriebe ausbilden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Freien Berufe und den Gesundheitssektors. Ausbildungspartnerschaften und -verbände sowie die schon genannten Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote können dazu beitragen, die Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen.

Zu viele junge Menschen landen zunächst in schulischen Übergangssystemen. Die dortigen Angebote verbessern

ihre Chancen oft jedoch nicht oder nur geringfügig. Praktiker und Wissenschaftler sind sich einig, dass eine frühe Einbeziehung der jungen Menschen in betriebliche Strukturen wichtig ist und mehr Erfolg verspricht. Solche Angebote, wie auch die Betreuung von Jugendlichen im Betrieb, um ihnen den Einstieg zu erleichtern, müssen ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen die umfangreichen Beratungsstrukturen koordiniert und gestrafft sowie die Berufsorientierung verbessert werden. Viele Jugendliche verlieren sich im Beratungsdschungel. Das Konzept einer Jugendberufsagentur, so wie in Hamburg erfolgreich eingeführt, könnte auch für Bremen ein Weg sein.

Die duale Berufsausbildung muss gestärkt werden, aber auch bewährte Systeme müssen sich anpassen. Gerade für Jugendliche mit Schwierigkeiten müssen neue Wege gefunden werden, die ihnen am Ende dennoch einen qualifizierten Abschluss ermöglichen. Gleichzeitig muss die Attraktivität der dualen Ausbildung auch dadurch gestärkt werden, dass die beruflichen Aufstiegschancen in Richtung Universitäten und Hochschulen gestärkt werden. Hier reicht es nicht, formale Zugangshürden zu „schleifen“, stattdessen muss der allgemeinbildende Anteil an den Berufsschulen gestärkt werden. Und die Hochschulen müssen bessere Angebote schaffen, die Studierenden mit Berufsabschluss den Zugang erleichtern. ■

Wissen weitergeben - Kooperationen stärken

Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftstandorte Bremen und Bremerhaven sichern

Wissenstransfer – also die Nutzung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen zur Stärkung der Wirtschaft ist eine wichtige Säule, die in Bremen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt. Der Zweistädtestaat gehört zu den führenden deutschen Innovationsstandorten und profitiert von Vielfalt und Qualität anwendungsnahe Forschung und wissenschaftlicher Ausbildung. „Wir sind in diesem Bereich zwar schon bisher gut aufgestellt, aber wir können noch besser werden“, so Andreas Kottisch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Probleme im Austausch zwischen den Disziplinen Wissenschaft und Wirtschaft entstünden, so Kottisch, vor allem durch deren unterschiedliche „Kulturen“: „Dem müssen wir unter anderem mit einer Verbesserung der Kooperationsstrukturen, mehr Transparenz und klaren Vereinbarungen über die Erwartungen beider Seiten entgegenwirken.“

Deshalb hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion jetzt vorgeschlagen, bei der Fortschreibung der bremischen Wirtschaftsförderung einen Schwerpunkt auf die Optimierung des Wissenstransfers zu legen und hierfür entsprechende Instrumente bereitzustellen. „Das beginnt bei Innovationsassistenten zur Unterstützung von Betrie-



Andreas Kottisch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

ben, geht über Ideenscouts an Universität und Hochschulen bis hin zur Bereitstellung von Risikokapital für innovative Firmengründer“, so Kottisch. Darüber hinaus wird unter anderem die Einführung eines Patententwicklungsfonds zur Unterstützung marktorientierter Patentverwertung und -weiterentwicklung geprüft werden. „Wir wollen den Prozess des Wissenstransfers zwischen Universität, Hochschulen und Wirtschaft bis hin zur Marktreife weiter beschleunigen und

verbessern. Unser Ziel ist es, wirtschaftlich verwertbare Forschungsergebnisse gezielt aufzuspüren, indem mögliche Transferperspektiven schon bei der Forschungsförderung erwogen, Netzwerke hierfür sensibilisiert und geeignete Themen durch Wettbewerbsaufrufe identifiziert werden.“

Letztlich gehe es darum, den für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Bremen unverzichtbaren Wissens- und Kompetenzaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als Querschnittsaufgabe der beiden jeweiligen Ressorts nach Kräften zu fördern und die beteiligten Akteure aktiv zu unterstützen. „Wir wollen erreichen, dass sich die Beteiligten - beispielsweise durch einen verstärkten Personaltransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie durch mehr duale Studiengänge und neue Netzwerke - in beiden Bereichen sozusagen Zuhause fühlen“, sagt Kottisch. Dazu gehöre auch eine engmaschige, systematische Begleitung beider Seiten, beispielsweise bei der Entwicklung von Patenten bis hin zur Marktreife. (mk)

>Antrag: Wissenstransfer als Impulsgeber der Wirtschaftsentwicklung fördern
<http://tinyurl.com/qhthj5>

AUSBAU DER U3-BETREUUNG

Ein trägergerechter Ausbau der Kinderbetreuung und die Angleichung der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen sind für die SPD zentrale politische Ziele. Im Blick ist dabei immer auch eine sozialräumliche Verteilung der Plätze, die absichert, dass auch dort ausgebaut wird, wo der soziale Bedarf gegeben ist.

Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs zeigt sich in Bremen ein Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Quartieren. Die Steigerung der Versorgungsquoten in Quartieren mit ausgeprägt sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen kann jedoch einen wichtigen Beitrag gegen die soziale Spaltung der Stadt leisten.

Aus diesem Grund hat die rot-grüne Koalition nun den Senat aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie in den nächsten Ausbausritten der U3-Betreuung ein Platzausbau umgesetzt werden kann, der sowohl den Bedürfnissen berufstätiger Eltern als auch dem besonderen Förderbedarf von Kindern aus sozial benachteiligten Familien gerecht wird.

GEFÄLLT DIR DAS? DANN „LIKE“ UNS!

Bremer SPD stellt sich im Internet neu auf

Ein aufgeräumtes und flaches Design – so lässt sich der Relaunch unserer Homepage am besten beschreiben. Hingucker der alten wie der neuen Homepage sind die Fotos zu den Leitartikeln. Der Grundaufbau der Homepage bleibt unverändert: Alle wichtigen Informationen sind sofort im Blickfeld der Nutzer zu finden, kein scrollen ist notwendig um sich auf der Seite zu orientieren. Der Leitspruch „Keine Experimente“ galt auch bei der Farbgestaltung: Wir haben uns ganz bewusst auf den Einsatz von Rot und Weiß beschränkt. Die bisher vorhandenen vielfältigen und vielfachen Farbverläufen sind verschwunden, damit kommt die Homepage insgesamt frischer und moderner daher. Im unteren Bereich der Homepage sind nun Piktogramme platziert, die durch ihre grafische Darstellung schnell und einfach zu wichtigen Bereichen, wie zum Beispiel dem Newsletter-Abo oder den Terminen führen.

Auch der „Mitgliederbereich“ wird ständig mit neuen Materialien und Informationen ausgebaut und aktualisiert. Hier sind – bei der geringen Zugangsbarriere sicher verständlich – keine Geheimnisse zu finden, aber doch viele Informationen, die für Mitglieder von Bedeutung und Interesse sind und die



Startseite der neuen Homepage der SPD-Landesorganisation Bremen

unsere Funktionärinnen und Funktionären bei ihrer Arbeit unterstützen sollen.

Seit diesem September präsentiert sich die Bremer Landesorganisation auch auf dem sozialen Netzwerk Facebook. Hier stehen wir aber noch ziemlich am Anfang. Bisher haben wir unseren Facebook-Auftritt vor allem zur Bereitstellung von Inhalten und zur Bewerbung von Veranstaltungen genutzt. Langfristig wollen wir aber von der „Einbahnstraßen-

kommunikation“ hin zu einem sozialen Austausch und zur Interaktion mit den Nutzerinnen und Nutzer kommen. Wir wollen Beteiligung nicht nur inszenieren, sondern Rückmeldungen, Meinungen, Orientierung und Vernetzung ermöglichen. Langfristiges Ziel ist es, eine Plattform zur politischen Meinungsbildung zu schaffen. Bis dahin freuen wir uns über jeden „Like“, Anregungen und Kritik. Und empfiehlt uns weiter! ■

DIE SPD-MITGLIEDER SIND GEFRAGT

Sigmar Gabriel kommt nach Bremen



Die Koalitionsgespräche zur Bildung einer Bundesregierung von CDU/CSU und SPD sollen bis zum 27. November 2013 abgeschlossen sein, dann kommen die mehr als 470.000 Mitglieder der SPD zum Zug. Zwischen dem 30. November und dem 5. Dezember 2013 werden die Wahlunterlagen für das Mitgliedervotum verschickt, das Wochenende vom 6. bis zum 8. Dezember 2013 wird von den Unterbezirken und Ortsvereinen als Aktionswochenende genutzt. Die Veranstaltungen sollen Raum und Zeit für Austausch und Diskussion zum Koalitionsvertrag bieten. Schon am Freitag, 29. November 2013 kommt Sigmar Gabriel zur Diskussion der Ergebnisse der Koalitionsverhand-

lungen nach Bremen. Die Stimmzettel müssen bis zum 12. Dezember 2013 um Mitternacht – Eingang im SPD-Postfach – abgegeben sein. Am Wochenende, 14. und 15. Dezember 2013, wird dann in Berlin ausgezählt, danach wird das Ergebnis bekannt gegeben. Das Quorum für die Verbindlichkeit des Votums liegt bei 20 Prozent Beteiligung.

Landesparteikonferenz

Freitag, 29. November 2013, 17:00 Uhr
Schlachthof,
Findorffstraße 51, 28215 Bremen
Mit Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender

Parteienkonferenzen in den Unterbezirken:

Bremen-Stadt

Samstag, 7. Dezember 2013, 10:00 Uhr,
Treffpunkt KWADRAT,
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen.
Mit Carsten Sieling, MdB.

Bremen-Nord

Samstag, 7. Dezember 2013, 10:00 Uhr,
Gustav-Heinemann-Bürgerhaus,
Kirchheide 49, 28757 Bremen.
Mit Bürgermeister Jens Böhrnsen.

Bremerhaven

Samstag, 7. Dezember 2013, 10:00 Uhr
Haus am Blink,
Adolf-Butenandt-Straße 4.
27580 Bremerhaven.
Mit Andreas Bovenschulte,
Landesvorsitzender.

Telefonhotline

Sonntag, 8. Dezember 2013,
10:00 bis 13:00 Uhr,
Telefonhotline zur Diskussion über den Koalitionsvertrag – mit dabei sind u. a. der Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte und Parteivorstandsmitglied Carsten Sieling, MdB.

Die Nummer lautet: **0421 / 3 50 18-0**

TERMINE:

ÖFFENTLICHE BUCHVORSTELLUNG

150 Jahre Sozialdemokratie in Bremen und Bremerhaven – Eine Gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein

**DIENSTAG,
26. NOVEMBER 2013
19:00 UHR**

Treffpunkt KWADRAT,
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4,
28199 Bremen

LANDES-ORGANISATIONS-KONFERENZ

Mit den Themen:

- Zeitschiene für die Organisationswahlen 2014
- Zeitschiene für die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen 2015
- Innerparteiliche Fairnessregeln für die Wahlen 2015

**DIENSTAG,
3. DEZEMBER 2013
20:00 UHR**

Bürgerzentrum Neue Vahr,
Berliner Freiheit 10,
28327 Bremen

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen